Stephan Grigat/Florian Markl

Österreichische Normalität

Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider

Im Oktober 1999 hat die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider 26,9% der Stimmen bei den österreichischen Nationalratswahlen erhalten und in der Folge mit der konservativen Volkspartei (ÖVP) eine Koalition gebildet. Bei den Wahlen im November 2002 hat die FPÖ zwar stark zugunsten der ÖVP verloren. Beide Parteien zusammen konnten aber über 50% der Stimmen auf sich vereinigen.

Der Erfolg der FPÖ bis zu den Wahlen 1999 ist nur vor dem Hintergrund der Besonderheiten der österreichischen Geschichte und Gesellschaft zu verstehen. In aktuellen Diskussionen wird gerne vernachlässigt, daß es sich sowohl bei den Freiheitlichen als auch bei der ÖVP um Nachfolgeorganisationen faschistischer Bewegungen handelt. Deshalb soll im folgenden zunächst auf den Austrofaschismus und kurz auf den Nationalsozialismus in Österreich eingegangen werden, um daran anschließend die postfaschistische Normalität der österreichischen Gesellschaft nach 1945, aus der heraus Haider erwachsen ist, zu skizzieren.

Der Austrofaschismus

Zweifellos handelt es sich bei Österreich, wie bei der Bundesrepublik Deutschland, um ein postnazistisches Land. Doch die postnazistische Normalität der österreichischen Gesellschaft ist nicht die gleiche wie in der BRD. Die österreichische Nachkriegsgesellschaft trägt sowohl postfaschistische als auch postnazistische Züge. Dem Diktum Horkheimers: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom

Faschismus schweigen« (GS 4, 308 f.) ist wohl niemand so konsequent gefolgt wie die Österreicher. Sie haben weder von dem einen noch von dem anderen gesprochen, wie Rudolf Burger, der leider vom scharfsinnigen Kritiker der österreichischen Zustände zum intellektuellen Begleitmusiker der freiheitlichen Geschichtsentsorgung mutiert ist (Pollack/Schiedel 2002), in den achtziger Jahren zu Recht festgestellt hat (Burger 1982, 11). Während eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus allein schon der Eigenstilisierung zum Opfer wegen nicht zu umgehen war und deshalb in der jüngsten Vergangenheit zwar keineswegs ernsthaft, dafür aber um so redseliger betrieben wurde, ist über die Zeit des Austrofaschismus ein Mantel des Schweigens gebreitet worden, der alljährlich nur am 12. Februar durchbrochen wird. An diesem Datum wird der bürgerkriegsähnlichen Kämpfe gedacht, in denen Bundesheer und Heimwehren 1934 mit militärischen Mitteln der organisierten Arbeiterbewegung ein Ende setzten. Doch dienen diese Gedenkveranstaltungen keineswegs der Vergegenwärtigung einer wichtigen Etappe im Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. Beschworen wird mit dem Hinweis auf die Wirren der 1930er Jahre vielmehr die nationale Einheit Österreichs: Die politischen Auseinandersetzungen sollten keinesfalls wieder die Form des Jahres 1934 annehmen – darin sind sich, seien es Christlichsoziale oder Sozialdemokraten, alle einig. Die Tatsache, daß zwischen 1934 und 1938, also lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten die Christlichsozialen in Österreich bereits Träger des Faschismus waren, wird bewußt verleugnet. Von der ÖVP wird der Austrofaschismus als groß angelegtes Widerstandsprojekt Österreichs Deutschland gegenüber verklärt.

Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre vertraten die bürgerlichen Parteien, allen voran die Christlichsozialen, die Position, eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme sei nur unter Ausschaltung des Parlamentarismus und der organisierten Arbeiterbewegung möglich. Unterstützung erhielten sie in erster Linie durch die Heimwehren. Dabei handelte es sich um bewaffnete Gruppierungen, die – ähnlich den Freikorps in Deutschland – nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gegründet wurden, um die neu entstandene Republik Deutsch-Österreich gegen deren Feinde zu verteidigen. Diese Feinde waren in einzelnen Bundesländern wie Kärnten und der Steier-

mark zunächst ausländische Armeen, die das Staatsgebiet bedrohten. Nach Abwendung der ›äußeren‹ Gefahr wurden die Heimwehren allerdings nicht entwaffnet und aufgelöst; jetzt ging es um den Kampf gegen einen anderen Feind: den ›Bolschewismus‹ und die Sozialdemokratie als seine Inkarnation im ›roten Wien‹. Innerhalb der Heimwehren gab es von Beginn an zumindest zwei Strömungen. Ein Großteil der Heimwehren verstand sich als ›Kettenhund‹ der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Christlichsozialen. In der Steiermark und in Tirol gab es einen starken deutschnationalen Flügel, der vor allem mit rechtsextremen bewaffneten bayrischen Verbänden gute Kontakte pflegte. Als ideologische Klammer diente ein antisemitisch angereicherter Antimarxismus. Die soziale Basis der Heimwehren war die bäuerliche Bevölkerung, während sich die Führungsriege hauptsächlich aus Akademikern und ehemaligen Aristokraten rekrutierte. (Carsten 1978; Pauley 1980)

Ende der 1920er Jahre genügte den Heimwehren ihre Rolle als bürgerlicher Kettenhund nicht mehr. Sie begannen sich am faschistischen Italien zu orientierten und vertraten Anfang der 1930er Jahre ein faschistisches Programm. Dennoch übernahmen sie bei der Konstituierung des Austrofaschismus ab 1933 nur die Funktion der Herrschaftssicherung für die Christlichsoziale Partei, während sie bei der militärischen Ausschaltung der Sozialdemokratie in den Februarkämpfen 1934 eine entscheidende Rolle spielten.

Die teilweise prominenten Stellungen einiger Heimwehrmitglieder in der austrofaschistischen Regierung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß deren vorübergehende Integration zum einen bloß die fragile Basis des Regimes verbreitern sollte und zum anderen vor allem außenpolitisch motiviert war. Der Austrofaschismus konnte sich nur am Leben erhalten, solange das faschistische Italien für Österreich die Rolle einer Schutzmacht Deutschland gegenüber einnahm. Als diese Funktion durch die Annäherung Deutschlands und Italiens ab 1936 entfiel, wurden auch die nun nicht mehr protegierten Heimwehren sukzessive aus der Regierung entfernt und als eigenständige Wehrorganisation aufgelöst. Deren Rolle innerhalb des Regimes nahmen fortan die sogenannten ›Nationalen‹, also die österreichischen Nazis, ein. (Botz 1983, 234 ff.)

Sowohl im nationalsozialistischen Deutschland als auch im faschis-

tischen Italien gab es mit der NSDAP beziehungsweise dem *Partito Nazionale Fascista* Massenbewegungen, die zunächst an der Errichtung, später an der Festigung des Faschismus massiv beteiligt waren. (Wippermann 1983) Die 1934 per Gesetz zur österreichischen Monopolpartei erklärte »Vaterländische Front« hatte im Vergleich zu den beiden genannten Parteien einen anderen Charakter, denn »(s)ie war nicht der organisatorische Ausdruck einer Bewegung, sondern der Versuch, über ein von oben eingesetztes organisatorisches Konstrukt die Verschmelzung der traditionellen bürgerlichen Parteien zu erreichen.« (Ebd., 97)

Die ideologische Ausrichtung des Austrofaschismus brachte Bundeskanzler Dollfuß in einer programmatischen Rede im September 1933 so auf den Punkt: »Die Zeit des kapitalistischen Systems, die Zeit kapitalistisch-liberalistischer Wirtschaftsordnung ist vorüber, die Zeit marxistischer, materialistischer Volksverführung ist gewesen! Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei! Wir lehnen Gleichschalterei und Terror ab, wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker, autoritärer Führung.« (Zit. nach Berchtold 1967, 430 f.)

Das Mittel zur Beseitigung der »materialistischen Volksverführung« – also des Klassenkampfes – sollte der Aufbau einer berufsständischen Wirtschaftsordnung sein: Die gesamte Gesellschaft sollte in sieben Berufsständen organisiert werden. Innerhalb eines jeden Berufsstandes wären somit Klassenkonflikte beseitigt und die gesellschaftliche Harmonie würde durch die für die Vertreter des variablen und des konstanten Kapitals gemeinschaftliche Lösung der Aufgabe, die Interessen der jeweiligen Wirtschaftssparte zu organisieren und zu vertreten, hergestellt.

Der Umbau der Wirtschaft sollte in drei Etappen erfolgen. In einem ersten Schritt waren die Interessen der Arbeiter in dem neu gegründeten Gewerkschaftsbund zu bündeln, freilich nicht ohne die oppositionellen Teile der Gewerkschaften völlig zu entmachten und die Gewerkschaftsführung zu einem willigen Instrument zur Durchsetzung der Herrschaftsinteressen des neuen Regimes zu machen. Der zweite Schritt sollte die Organisierung der Unternehmer in den jeweiligen Unternehmerbünden umfassen. Beide Etappen waren vorbereitende Maßnahmen im Zuge des angestrebten berufsständischen Aufbaus, um

im dritten und letzten Schritt die Interessen von Arbeit und Kapital in einem ›Berufsstand‹ zusammenzufassen. Den Austrofaschisten war bewußt, daß der Klassenkampf nicht einfach per Dekret aus der Welt zu schaffen war. Der damalige Sozialminister, ein prominentes Heimwehrmitglied, erläuterte, es sei politisch unmöglich, den Arbeitern schon frühzeitig ihre eigene Organisationsform zu nehmen und sie mit den Unternehmern gleich in einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenzuführen. Dies sei nicht machbar, weil der jahrzehntelange Klassenkampf eine enorm große Kluft geschaffen habe: »Hier muß das Vertrauen zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberschaft Schritt für Schritt, Tag für Tag und Arbeit für Arbeit entstehen, bis es möglich wird, wirklich ein innerlich geschlossenes Ganzes zu haben.« (Neustädter-Stürmer, zit. nach Tálos/Manoschek 1984, 90)

Der berufsständische Aufbau war in erster Linie von propagandistischem Wert: Von den angestrebten sieben Berufsständen konnten lediglich zwei eingerichtet werden (Land- und Forstwirtschaft, Öffentlicher Dienst).

Für das Verständnis der aktuellen Situation in Österreich sind aber nicht nur die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der politischen Ahnen der ÖVP von Interesse, sondern vor allem auch die besondere Tradition des Antisemitismus in Österreich.

Der Austrofaschismus war dem eigenen Selbstverständnis nach ein Gegenentwurf zum Nationalsozialismus, der sich im stark ausgeprägten religiösen (katholischen) Charakter des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes manifestierte. Auch wenn viele der Regierungsmitglieder sich aus den antisemitischen Heimwehren oder der Christlichsozialen Partei rekrutierten, verfolgte die Regierungspolitik eine Linie, die man als ›taktischen Nicht-Antisemitismus‹ bezeichnen könnte.

Diese Programmatik, mit der sich die Regierung auch von den einheimischen Nazis abgrenzte, ist auch der Grund für die paradoxe Situation, daß ein von Antisemiten getragenes Regime kaum antisemitische Politik betrieb. Anläßlich der Diskussion einer letztlich nicht erlassenen antisemitischen Gesetzesvorlage von 1936, in der Juden der Zugang zu bestimmten Berufen verwehrt werden sollte, läßt sich diese Strategie verdeutlichen: Die Austrofaschisten hatten einfach Angst, mit derartigen Gesetzen die Geschäfte der Nazis zu verrichten. Der taktische Nicht-Antisemitismus der Regierung hatte jedoch

keinerlei Einfluß auf den nach wie vor grassierenden Antisemitismus weiter Bevölkerungsschichten.

Der Nationalsozialismus in Österreich

Österreich (und hier vor allem Wien) spielte innerhalb des Dritten Reiches eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung der antisemitischen Verfolgung. Saul Friedländer (2000) beschreibt in seiner Studie über *Das Dritte Reich und die Juden*, wie die jüdischen Gemeinden in Deutschland auf die ›Machtergreifung‹ durch die Nazis 1933 reagierten und betont, daß die Juden dort noch einige Zeit lang glaubten, sie würden – wenngleich unter schlechteren Bedingungen als zuvor – in Deutschland bleiben und leben können.

Die jüdische Bevölkerung in Österreich hingegen befand sich ab März 1938 in einer Situation, die ohne Beispiel war. Die Juden wurden in Österreich »nicht Opfer einer von außen kommenden Politik. Jene Ausschreitungen und Raubzüge, die bisher in Deutschland unvorstellbar gewesen waren und nunmehr das ganz besondere Ambiente des nazistischen Wiens ausmachten, setzten nicht erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, sondern bereits in der Nacht davor ein«. (Rabinovici 2000, 57) Der ungezügelte antisemitische Terror veranlaßte selbst die neuen Machthaber, mäßigend auf die hochgepeitschte Bevölkerung einzuwirken. Zwei Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurden die wilden Ausschreitungen und unkoordinierten Enteignungen untersagt. Am 17. März 1938 drohte Reinhard Heydrich sogar damit, die Gestapo gegen die ostmärkischen Parteigenossen einzusetzen, um die vollkommen »undisziplinierten« Übergriffe zu unterbinden. (Safrian 1995, 31) An deren Stelle trat nunmehr die staatlich organisierte ›Entjudung‹ der Gesellschaft. Innerhalb weniger Monate wurde durchgesetzt, was in den sechs Jahren der Nazi-Herrschaft in Deutschland nicht annähernd gelungen war. Binnen kürzester Zeit wurden die Juden vollkommen aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Enteignungen jüdischen Besitzes wurden mit der Politik einer wirtschaftlichen Rationalisierung verbunden, auf deren Basis das ›Wirtschaftswunder‹ der zweiten Republik überhaupt erst möglich wurde. Die jüdische Gemeinde konnte zwar noch nicht

wissen, daß die Politik des Regimes in der Massenvernichtung enden würde, doch ihr wurde sofort klar, daß es für sie in dem Land keine Zukunft geben konnte. Die von Adolf Eichmann eingerichtete *Zentralstelle für jüdische Auswanderung* organisierte die massenhafte Vertreibung. (Ebd., 36 ff.)

Die besondere Situation der jüdischen Bevölkerung Österreichs verdeutlicht der Historiker Doron Rabinovici anhand des Novemberpogroms. Während die Ereignisse in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 für die jüdischen Gemeinden im ›Altreich‹ einen gravierenden Einschnitt bedeuteten, unterschieden sie sich in Österreich nur quantitativ von den Geschehnissen der vorangegangenen Monate. Bereits im Oktober waren in Wiener Synagogen die Fenster zerschlagen, Gebetshäuser zerstört und der große Tempel im 2. Bezirk angezündet worden: »Auf den Punkt gebracht ließe sich sagen: Während im März 1938 der ›Anschluß‹ Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, wurde mit dem Novemberpogrom 1938 der Anschluß des ›Altreichs‹ an die ›ostmärkische Judenpolitik‹ vollzogen. Die vorhergehenden Ausschreitungen in Wien mögen erklären, warum das Novemberpogrom dort brutaler als in vielen anderen Städten ablief... Der antisemitische Mob hatte die Gewalttaten schon eingeübt.« (Rabinovici 2000, 124)

Diese »ostmärkische Judenpolitik« war in den Augen der nationalsozialistischen Behörden so effektiv und erfolgreich, daß die österreichischen ›Experten‹ gewissermaßen zu *shooting stars* der deutschen Vernichtungspolitik wurden. In Berlin und Prag wurden nach dem Wiener Vorbild ebenfalls *Zentralstellen für jüdische Auswanderung* eingerichtet. Nach Beginn des Krieges schwärmten die österreichischen ›Experten‹ im ganzen besetzten Teil Europas aus, um an entscheidenden Stellen ihre ›positiven‹ Erfahrungen aus Wien einzubringen.

Die Transformation in eine Opfergemeinschaft

Österreich ist jenes Land, in dem es die Bevölkerung in Komplizenschaft mit der Regierung geschafft hat, die ehemalige Gemeinschaft raubender und mordender Volksgenossen nach 1945 gleichzeitig hinter sich zu lassen und in die postfaschistische Demokratie hinüberzu-

retten, indem man sich erfolgreich als Opfergemeinschaft gerierte. Die Österreicher waren damit die ersten Täter, die zu Opfern mutierten. Was man in Deutschland in verstärktem Ausmaß seit der Wiedervereinigung beobachten kann, nämlich die Transformation der NS-Gefolgschaft in Opfer beispielsweise von alliiertem Bombenterror, ist in Österreich – und zwar mit einer sehr viel konsequenteren Begründung – seit 1945 Realität. Die Österreicher waren in ihrer Selbstsicht nicht Täter, aber auch nicht einfach nur Opfer der alliierten Kriegshandlungen, sondern sie waren in ihrer Selbstdefinition schlicht und einfach Opfer der Nazis.

Mit der Verklärung Österreichs zum ersten Opfer des Nationalsozialismus ging eine Ausbürgerung des Antisemitismus einher. Der offiziellen Lesart zufolge war alles Übel mit den deutschen Truppen über Österreich hereingebrochen. Das eindrucksvollste Dokument dieser Haltung ist die österreichische Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Zur Legitimation des neuen Österreich wurde angeführt, »daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft (einer) völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat.« (Zitiert nach Haslinger 1995, 60)

Während die österreichische antisemitische Tradition nach außen hin nicht thematisiert wurde, wurde im Inneren nahtlos an eben diese Tradition angeschlossen. Über die angestrebte Reintegration der Nazis ist zu lesen: »Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten, wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.« (Ebd., 61) Mit Leopold Kunschak wurde die österreichische Unabhängigkeitserklärung von einem der wüstesten christlich-sozialen antisemitischen Hetzer der Zwischenkriegszeit unterzeichnet. Kunschak, der sich noch im Dezember 1945 auf einer Massenkundgebung rühmte, er sei schon immer Antisemit gewesen, wurde zum ersten Präsidenten des National-

rats gewählt und wird heute noch als einer der Gründerväter der zweiten Republik verehrt. (Pauley 1993, 400)

Max Horkheimer notierte Mitte der 1960er Jahre: »Das Schuldbekenntnis der Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 war ein famoses Verfahren, das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren war die Hauptsache.« (GS 6, 404) In Österreich gab es dieses von Horkheimer treffend eingeschätzte Schuldbekenntnis bis in die 1990er Jahre überhaupt nicht. Das durch den gemeinsam begangenen Massenmord an den Juden und durch den Vernichtungskrieg im Osten zementierte Wir-Gefühl aus der NS-Volksgemeinschaft mußte in Österreich durch die Uminterpretation der Tätergemeinschaft in ein Opferkollektiv in die postfaschistische Demokratie integriert und hinübergerettet werden.

Die zaghaften und halbherzigen Versuche zu Beginn der 1990er Jahre, mittels einer von Regierungsseite verlautbarten partiellen Kritik an der Opferthese die staatlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel zu verbessern (Embacher/Reiter 1998, 273 ff.), sind mit der ÖVP/FPÖ-Koalition nicht nur beendet, sondern wieder zunichte gemacht worden: So wiederholte Kanzler Schüssel bei einem Israel-Besuch die Meinung, nicht nur der souveräne österreichische Staat, sondern auch die Österreicher seien »in der Tat die ersten Opfer« des Naziregimes gewesen. (Zit. nach *Der Standard*, 11./12.11.2000, 10)

Das beinahe fröhlich zur Schau gestellte Selbstmitleid läßt in Österreich für die wahren Opfer der mordenden Volksgemeinschaft keinen Platz. Wird das kollektiv begangene Verbrechen dennoch einmal öffentlich thematisiert, wie im Zuge der Verhandlungen über Entschädigungszahlungen oder die Rückgabe sogenannten arisierten Eigentums, so setzt beinahe reflexartig jene »Reaktionsform des nach außen Schlagens, sich ins Recht Setzens« ein, die von Adorno (GS 9.2, 175) bereits in den 1950er Jahren als wesentlicher Bestandteil der Schuldabwehr analysiert wurde. Es wird das gesamte Repertoire an Argumentationsmustern jenes spezifisch österreichisch-deutschen sekundären Antisemitismus aktiviert, das in der BRD beispielsweise aus der Diskussion über das Holocaust-Mahnmal oder der Walser-Debatte bekannt ist.

Im politischen Tagesgeschäft der zweiten Republik blieb offener Antisemitismus dennoch eher die Ausnahme, wenngleich er bei ein-

zelnen Anlässen immer wieder die oberflächliche Tabuisierung durchbrach (Spira 1981; Kaindl-Widhalm 1990, 190 ff.; Pauley 1993, 363 ff.; sowie die verstreuten Hinweise bei Wassermann 2000). Der Antisemitismus existiert hauptsächlich als gemeinsamer Fundus, auf den durch Anspielungen Bezug genommen werden kann, ohne daß deshalb jemand Gefahr läuft, als Antisemit bezeichnet zu werden.

Was die österreichische von der deutschen Post-Shoah-Normalität grundlegend unterscheidet, ist die Existenz einer Medienlandschaft, in der die größte Tageszeitung des Landes immer wieder offen rassistische und antisemitische Artikel publiziert. In der *Kronen Zeitung*, die gemessen am Verhältnis ihrer Leser zur Gesamtbevölkerung die größte Tageszeitung der Welt ist und von rund 40 % der Österreicher gelesen wird, finden sich fast täglich Artikel, die in der BRD in solcher Häufigkeit und Konsequenz wohl nur in deklariert rechtsextremen Hetzblättern zu finden sind.

Der Nationalismus der Zweiten Republik

Im Gegenzug zur Erklärung der »immerwährenden Neutralität«, die vor allem von der Sowjetunion eingefordert wurde, ließen sich die Sieger des Zweiten Weltkriegs darauf ein, die Lüge, die Österreicher seien nicht Täter, sondern die ersten Opfer des nationalsozialistischen Expansionsstrebens gewesen, den Rang einer geschichtlichen Tatsache zuzuweisen. Dieses Zugeständnis mildernder Umstände haben die Österreicher den Alliierten jedoch keineswegs gedankt. Noch vor der Entlassung in die neutrale Selbständigkeit versuchte die österreichische Führung den schwachen Österreich-Nationalismus mittels Agitation gegen die bis 1955 im Land befindlichen alliierten Truppen zu kultivieren. Entsprechend dieser Entstehungsgeschichte des staatstragenden Nationalismus der Zweiten Republik wird heute die Zeit der Besatzung in Österreich häufig auf 17 Jahre hochgerechnet. Die eigentliche Befreiung habe demnach nicht 1945, sondern erst 1955 stattgefunden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg favorisierten die neuen Eliten einen österreichischen anstatt eines großdeutschen Nationalismus. Diese Politik wurde von den eben noch NS-begeisterten Volksgenossen zwar

augenzwinkernd als notwendig akzeptiert, dennoch dauerte es ziemlich lange, bis aus dem großdeutschen Wahn dauerhaft eine halbwegs normale austro-nationalistische Verrücktheit wurde.

Der Austrofaschismus kann für sich das fragwürdige Verdienst in Anspruch nehmen, die »Konsolidierung der fragilen ›nationalen‹ Identität Österreichs« (Mattl 1996) eingeleitet zu haben. Dementsprechend gelten die Austrofaschisten bei vielen Österreichern auch nicht in erster Linie als Faschisten, die den Nazis – wenn auch zum Teil ungewollt – den Weg bereiteten und ihnen die Zerschlagung der Arbeiterbewegung größtenteils abgenommen haben, sondern als österreichische Patrioten, die Österreich vor dem deutschen Zugriff retten wollten. Um diese Einschätzung zu dokumentieren, hat die ÖVP bis heute das Bild von Dollfuß in ihren Parlamentsräumen hängen und Andreas Khol, langjähriger Klubobmann der Schwesterpartei der CDU, gehört zu den glühendsten Verteidigern des klerikal-faschistischen Diktators.

Während die ÖVP somit nie Probleme mit einem positiven Bezug auf Österreich hatte, taten sich die Freiheitlichen lange schwer damit. Bis in die 1990er Jahre hinein war die FPÖ eine deutschnationale Partei und bekannte sich stets zur »deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft«. (Programm der FPÖ aus dem Jahre 1985, zit. nach: Bailer/Neugebauer 1993, 336) Erst Mitte der 1990er Jahre hat sie sich davon teilweise gelöst und einen aggressiven Österreich-Nationalismus forciert.

Die Sozialpartnerschaft

Die Rettung des Wir-Gefühls, von der Horkheimer sprach, erfolgte in Österreich aber nicht nur durch die Transformation vom Täter- zum Opferkollektiv, sondern wurde zusätzlich durch ein konsequent antiliberalistisches Wirtschafts- und Politikmodell nach 1945 zementiert. Das großdeutsch-stolze, auf Expansion getrimmte Wir-Gefühl der NS-Zeit wurde nach 1945 durch das auch für den Austrofaschismus bereits charakteristische, auf Abwehr äußerer Einflüsse gerichtete, stets etwas beleidigt und grantelnd daherkommende ›Mir san mir‹ ersetzt. Zugleich entstand mit den Großparteien SPÖ und ÖVP, die jahrzehntelang Politik und Gesellschaft dominiert haben, ein Paradebeispiel für

das, was Johannes Agnoli als »plurale Fassung einer Einheitspartei« (Agnoli 1990, 53) treffend charakterisiert hat. In Österreich herrschte nach 1945 eine – Österreich auch durchaus von Deutschland abhebende – postfaschistische Intimität, in die bald auch das sogenannte dritte Lager, also die Nazis, eingebunden waren. Die Grundlegung der großkoalitionären Stimmung nach 1945 hat Ruth Beckermann pointiert beschrieben: »Die Sozialisten verzichteten auf den Klassenkampf und die Konservativen auf öffentliche Dollfuß-Verehrung. Auf die Juden verzichteten sie alle.« (1989, 69) Diese Einschätzung trifft für die jüngere Zeit nicht mehr ganz zu, da die Konservativen mittlerweile durchaus wieder auch zu öffentlicher Dollfuß-Verehrung bereit sind, was bei der Sozialdemokratie aber bekanntlich keineswegs zur Wiederaufnahme des Klassenkampfs geführt hat.

Der großen Koalition entspricht die neben dem Parlamentarismus existierende und agierende österreichische Sozialpartnerschaft, also ein besonders stark ausgeprägter Korporatismus, der bis heute dafür sorgt, daß sich die Personifikationen des Kapitals in Österreich mit Streiks kaum herumschlagen müssen. Bereits 1946 konstituierte sich im Sozialministerium die Zentrallohnkommission, auf die im wesentlichen die Befugnisse des NS-Treuhänders der Arbeit übergingen, womit der Grundstein zur modifizierten Fortführung der ›Gemeinnutz geht vor Eigennutz‹-Ideologie gelegt war. Die materielle Grundlage für die Sozialpartnerschaft wurde bereits in der NS-Zeit geschaffen.

Nach der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich kam es zu grundlegenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, welche die Entwicklung des postfaschistischen Österreichs prägten und teilweise erst ermöglichten. War Österreich vor 1938 ein Land, dessen Wirtschaft im wesentlichen aus kleinen handwerklichen und landwirtschaftlichen Betrieben bestand, stand es nach den sieben Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich als gut strukturiertes Kleinland mit einigen zukunftsträchtigen industriellen Betrieben da.[1] Diese

---

[1] Lange Zeit war es umstritten, ob die österreichische Wirtschaft durch den Krieg nicht vielleicht doch eher unter dem Anschluß gelitten habe. Mehrheitlich hat sich seit längerem jedoch die Einschätzung durchgesetzt, daß das NS-Regime die Grundlagen für die Entwicklung nach 1945 geschaf-

neu entstandenen Industrien (etwa die VOEST in Linz, die vormaligen Hermann-Göring-Werke) bildeten das Kernstück der verstaatlichten Industrie, ohne die die Nachkriegssozialpartnerschaft in dieser Form nicht hätte existieren können.

Ein zentraler Aspekt der nationalsozialistischen Modernisierungsbestrebungen im wirtschaftlichen Bereich war der Einsatz von Zwangsarbeitern. Spätestens seit dem Überfall auf die Sowjetunion war die weitere Expansion der österreichischen Wirtschaft auf die Zwangsrekrutierung von ausländischen Arbeitskräften und den Einsatz von Arbeitskräften aus den Konzentrationslagern angewiesen. Diese Zwangsarbeiter haben die Grundsteine für die postfaschistische Entwicklung nach 1945 gelegt. (Freund/Perz 1988)

Johannes Agnoli hat vor dem Hintergrund der Beschäftigung mit dem italienischen Faschismus geschrieben: »Wird der Faschismus auf die formalisierte Barbarei von ›totalitärer Herrschaft‹, ›Eroberung‹, ›Ausrottung‹ ... reduziert, so erübrigt sich jede Diskussion darüber, was zum Beispiel am westdeutschen Programm der sozialen Symmetrie oder an der Politik der französischen *planification* generell technokratisch und was speziell faschistisch-korporative Züge aufweist.« (1997, 28 f.) Diese Diskussion wäre in jedem Fall zu führen, und vermutlich würde sich so auch einer der zentralen Unterschiede von korporatistischen Modellen in den Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus einerseits und beispielsweise Schweden oder Holland andererseits zeigen. Auch in den letztgenannten Ländern bildet der Korporatismus nicht einfach nur eine Form technokratisch-demokratischer Verwaltungsmöglichkeit, sondern hat in Ansätzen ebenfalls den faschistischen Sozialpakt zum Vorbild oder zumindest zum Vorläufer.[2] In Deutschland und in Österreich ist er aber immer auch Erbe der verloren gegangenen Gemeinschaft der Volksgenossen. Die Sozialpartnerschaft ist eine Konstruktion, die nicht nur ein harmonisches Verhältnis von Arbeit, Kapital und Staat herstellt und auf diese Weise die

---

fen hat. (Butschek 1978; Kernbauer/Weber 1988; Schausberger 1990; Walser 1989).

2 Zu berücksichtigen ist hier auch die enge ökonomische Kooperation Schwedens mit Nazi-Deutschland. (Scheit 2001, 62)

Gesellschaft versucht zu homogenisieren und zu formieren, sondern auch ein nationales Dach, unter dem der der Demokratie angeblich so zuwiderlaufende Antisemitismus und Rassismus ebenso fortgeführt wird und prächtig gedeiht wie der nationale Kollektivismus.

Seit geraumer Zeit wird in Österreich zur Vorgeschichte der Sozialpartnerschaft geforscht. Es wurde nach Vorläufern im 18. Jahrhundert, strukturellen Voraussetzungen im 19. Jahrhundert, ersten korporatistischen Versuchen in der ersten Republik und – bei linken Historikern oder Politikwissenschaftlern – im Austrofaschismus gesucht (Tálos 1993, 15; ders. 1985, 55; Pelinka 1981, 107). Über den Nationalsozialismus wird in diesem Zusammenhang in der Regel kaum ein Wort verloren.[3] Der Korporatismus nach 1945 gilt als Fortführung erster Annäherungsversuche der gesellschaftlichen Lager und der politischen Parteien in den ersten Jahren der ersten Republik. Der Austrofaschismus wird zwar als struktureller Vorläufer betrachtet; zugleich wird allerdings betont, daß es hier keine allseitige Zustimmung von Staat, Bürgertum und Proletariat gab, sondern daß es sich um eine verordnete Sozialpartnerschaft handelte. (Tálos 1993, 14; Scheider 1991, 7 f.; Pelinka 1981, 2) Der große Unterschied zwischen faschistischem Korporatismus und der Sozialpartnerschaft nach 1945 wird gerade in der Freiwilligkeit ausgemacht, also in der Tatsache, daß sich Kapital und Arbeit ohne Zwang zueinander und mit dem Staat in ein harmonisches Verhältnis setzen (Pelinka 1981, 106). Genau hier wird aber übersehen, daß der Austrofaschismus und vor allem der Nationalsozialismus, der nicht zuletzt durch die Verstaatlichung des Antisemitismus bei der Herstellung der totalen Vergesellschaftung erfolgreicher war als der Austrofaschismus, die Verhältnisse offenbar gerade dahingehend modifiziert haben, daß alle maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen von sich aus der zumindest partiellen Fortsetzung eines faschistischen Projekts, nämlich der umstandslosen Verpflichtung aller

---

[3] Eine der seltenen Ausnahmen stellt eine Darstellung aus dogmatisch-parteikommunistischer Sicht dar, in der nicht nur auf Parallelen der Sozialpartnerschaft mit der christlichen Soziallehre und dem Austrofaschismus, sondern auch mit »dem Nazimythos von der ›Volksgemeinschaft‹« hingewiesen wird (Wimmer 1979, 8).

auf das Allgemeinwohl, zustimmen. Was den Unterschied zum Faschismus ausmachen soll, bestätigt hier gerade sein Fortwirken. Als weiterer Unterschied wird in der Literatur darauf verwiesen, daß der faschistische Korporatismus auf einer korporatistischen Ideologie beruhte, während die postfaschistische Sozialpartnerschaft am Anfang eher aus der Praxis der unmittelbaren Nachkriegszeit entstand, ohne daß alle Beteiligten eine korporatistische Ideologie auf ihre Fahnen geschrieben hätten (Scheider 1991, 1 und 8). Das theoretische Konzept wie die praktische Umsetzung der Verpflichtung aller auf das Allgemeinwohl war demnach allen Beteiligten dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie auch ohne konzeptionelle Vorgaben bei einem korporatistischen Modell landeten.

Zentral für eine sozialpartnerschaftliche Orientierung war auch die zunehmende, bereits vorfaschistische Verstaatlichung der Arbeiterbewegung, die sie, in Form etatistischer Parteien als Vertreterin der schaffenden Menschen einerseits und des Staatswohls andererseits auftretend, nahezu zwangsläufig in die Nähe faschistischer Gemeinwohlkonzeptionen brachte. Österreichische Politologen gehen in der Regel davon aus, daß sich die Sozialpartnerschaft unterschiedlichen Traditionen zuordnen läßt, nämlich einer faschistischen, verkörpert etwa in Othmar Spann, und einer sozialdemokratischen, verkörpert in Otto Bauer oder auch Karl Renner. Dabei wird aber übersehen, daß dieses Zusammenspiel nur der zumindest partiellen Übereinstimmungen genuin faschistischer und rechts-sozialdemokratischer Grundsätze wegen möglich ist: dem gnadenlosen Staatsfetischismus, die ihm inhärente Bindung von Interessen an die Allgemeinheit, die Beschränkung jedes partikularen Bedürfnisses durch die Bedürfnisse des übermächtigen Gewaltmonopolisten. (Grundsätzlich dazu Huhn 1970, 647 ff.)

Darüber hinaus ist die Sozialpartnerschaft durchaus auch Ausdruck der relativen Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung, da sie ihr umfangreiche Mitspracherechte in vielen, nicht nur unmittelbar wirtschafts- oder sozialpolitischen Bereichen sichert. Andererseits spielte sie eine zentrale Rolle bei der Transformation der österreichischen Gesellschaft von einem Teil der großdeutschen Volksgemeinschaft hin zu einer österreichischen Opfergemeinschaft. In dieser Gemeinschaft sorgen sich Staat, Kapital und Arbeit kollektiv um das Wohlergehen

ihrer kleinen Nation. Da die staatliche Gewalt der Garant der Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital ist, wurde der Staat zumindest bis zu den ernsthafteren Krisenerscheinungen seit Anfang der 1990er Jahre auch als zuverlässiger Garant der materiellen Versorgung des gesamten Staatsvolkes imaginiert. Die Sozialpartnerschaft stiftet so eine besondere Form von unterwürfigem Staatsbürgerbewußtsein. Dieses österreichische Bewußtsein überbietet in seiner prinzipiellen Verpflichtung jeglicher partikularer Interessen auf das Wohl der angeblich im politischen Souverän verkörperten Allgemeinheit vermutlich sogar noch die aggressive Untertanenmentalität der Deutschen und ihre Anbetung einer übergeordneten, auf Werten beruhenden ›freiheitlich demokratischen Grundordnung‹ – ein Konzept, daß in dieser Form in Österreich nicht bekannt ist, auch wenn einzelne Politiker immer mal wieder von einem imaginären ›Verfassungsbogen‹ reden. In bezug auf die BRD ist es nicht zuletzt angesichts der Notstandsgesetzgebung und des Verhaltens des Staates im Deutschen Herbst Ende der 1970er Jahre völlig richtig, davon zu sprechen, daß der faschistische Ausnahmezustand in die demokratische Normalität integriert wurde, Politik als permanenter Notzustand betrieben wird, und daß dadurch ein System aktiver Krisenprävention installiert wurde (Nachtmann 1995, 26). In Österreich gibt es Notstandsgesetze, die auch in der politischen Praxis eine entscheidende Rolle spielen würden, trotz der 1945 erfolgten Wiederverlautbarung der autoritär modifizierten Verfassung von 1929 (statt jener von 1920) in dieser Form nicht. Das hat seinen einfachen Grund darin, daß die »Sublimierung des Klassenkampfs durch die Sozialpartnerschaft«, wie Bruno Kreisky das einmal genannt hat (zit. nach Margulies/Moser/Rosner-Valter 1980, 102), derart geglückt ist, daß Notstandsszenarien jeglicher Art ohnehin kaum vorstellbar sind.

Das heißt jedoch nicht, daß Haider oder auch die Nachfahren der Austrofaschisten heute darauf verzichten würden, die autoritären Instrumentarien der österreichischen Demokratie gegen politische Gegner zu verwenden oder gegebenenfalls deren weiteren Ausbau zu fordern. Selbstverständlich kam es seit der Regierungsbeteiligung der FPÖ nach den Wahlen 1999 zu einer verstärkten Repression gegen diverse gesellschaftliche Gruppierungen. Linke und liberale Zeitschriften geraten unter Druck, Funktionäre der jüdischen Gemeinde werden

mit Klagen überzogen, fortschrittlichen Frauenprojekten werden die Subventionen gestrichen[4], linke Gewerkschafter werden zum gemeinschaftsschädigenden Feind erklärt und die Polizei hat ihre Schießhemmungen endgültig abgelegt[5]. Haider forderte im Hinblick auf Auslandsreisen des SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer, daß Politiker, die, wie er es nannte, Österreich öffentlich in Verruf bringen würden, mit dem Verlust ihrer Mandate oder selbst mit Gefängnis bestraft werden sollten. Es könne ja nicht angehen, daß Gusenbauer »mit Feinden Österreichs« zusammen Sekt trinke. Der Justizminister der schwarz-blauen Koalition Böhmdorfer nannte Haiders Gedanken über die Kriminalisierung von Oppositionspolitikern einen »verfolgenswerten Vorschlag« (Rauscher 2000), und auch der damalige FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler konnte dem einiges abgewinnen: »Man muß sich schon einmal darüber klar werden, daß die diversesten Ausfälle von Gusenbauer und Co gegen unsere Republik ungeahndet bleiben. Man muß sich die Frage stellen, ob sich ein Politiker nicht strafbar macht, wenn er gegen Österreich auftritt... (E)s gibt ja schon den Tatbestand des Hochverrats.« (Zit. nach *News* 20/2000)

Mit der Etablierung der blau-schwarzen Koalition nach den Wahlen 1999 ist die Orientierung am Gemeinwohl im Regierungsprogramm festgehalten worden. Darin heißt es lapidar: »Es gibt keinen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit.« Der Bereich ›Arbeit‹, der zuvor zum Sozialministerium gehörte, wurde ins Wirtschaftsministerium verlagert. Kanzler Schüssel betrachtet dies als eine der wichtigsten Errungenschaften der neuen Regierung und brachte in seiner *Rede zur Lage der Nation* am 15. Mai 2000 seine Entzükkung darüber mit den Worten zum Ausdruck: »Endlich, zum ersten Mal, ein Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, nicht einen Arbeitgeberminister und einen Gewerkschaftsminister, sondern einer, der

---

4 Zum Zusammenhang von Rassismus, Frauen- und Familienpolitik Göllner (2000, 24 ff.). Zum Versuch des traditionellen faschistischen Souveräns, nicht nur Kapital und Arbeit in sich zu versöhnen, sondern auch den Gegensatz zwischen Mann und Frau aufzuheben Walterspiel (1993, 30).

5 Eine Auflistung der konkreten Projekte und Maßnahmen der FPÖ-ÖVP-Koalition findet sich beispielsweise bei Kreisky (2002, 67 ff.).

Sorge trägt, daß das Ganze im Vordergrund steht und nicht Detailinteressen.« (www.oevp.at/schue/reden/index.asp, 16.8.2000) So neu wie Schüssel meint, ist das allerdings nicht. Die administrative Gleichschaltung von Wirtschaft und Arbeit gab es bereits während des Nationalsozialismus.

Lange bevor es zu der augenblicklichen Koalition kam, wurde in den 1970er Jahren mittels einer kreditfinanzierten Wirtschafts- und Sozialpolitik jenes materielle Substrat geschaffen, daß dem Austropatriotismus gegenüber der Deutschtümelei in großen Bevölkerungskreisen endgültig zum Durchbruch verhalf. Der sogenannte Austrokeynesianismus unter Kreisky, der zum Teil sehr unkeynesianische Elemente wie eine Hartwährungspolitik inklusive einer fixen Anbindung des Schillings an die D-Mark im Jahr 1976 enthielt (Delapina 1996, 243), lieferte die Grundlage dafür, daß heute die meisten Österreicher die Geschichte der Zweiten Republik als ›Erfolgsstory‹ betrachten und sich auch Jörg Haider genötigt sah, nicht mehr die Abschaffung der Zweiten Republik zugunsten einer Dritten, sondern nur mehr die radikale Reformierung der eben doch erfolgreichen Zweiten Republik zu fordern.

Haider als Kritiker der Sozialpartnerschaft

Aber seit Beginn der 1990er Jahre ist die Republik nicht mehr gar so erfolgreich bei der Alimentierung ihres Staatsvolks und daher kommt auch der Korporatismus zunehmend in Verruf. Angegriffen wird er jedoch nicht mehr, wie teilweise noch in den 1950er Jahren von kommunistischen Arbeitern (Tálos 1993, 20), sondern von der FPÖ und auch von der ÖVP, die diese Sozialpartnerschaft jahrzehntelang mit getragen hat.

Schüssel führte im Jahr 2000 in seiner Rede zur Lage der Nation (a. a. O.) aus, was am Korporatismus störend sei: »Noch immer gibt es innere Besatzungsmächte – innere Besatzungsmächte, die wir nicht so leicht los werden mit einer Unterschrift oder mit einer großen Versammlung. Das sind die Bequemlichkeit, die Mutlosigkeit, die Entscheidungsscheue, aber auch die Gier, der Egoismus, der Konsumismus, der Kampf um die ›wohlerworbenen Rechte‹ – all dies sind in-

nere Besatzungsmächte, von denen wir frei werden sollten.« Die neue Regierung will das gemeinschaftsstiftende der Sozialpartnerschaft beibehalten, ihr materielles Substrat hingegen, die relativ komfortable Alimentierung der abhängig Beschäftigten, überwinden.

Wenn Jörg Haider nicht gerade gegen Ausländer oder Juden hetzt, ist eines seiner Lieblingsthemen die Kritik an der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die demokratisierten Nazis von der FPÖ profitieren nahezu zwangsläufig von der Krise des Austrokeynesianismus, die das im bürgerlichen Subjekt angelegte Potential von Rassismus und Antisemitismus immer offener zutage fördert. Im prosperierenden Fordismus waren Volk und SPÖ-dominierter Staat als erfolgreiche Wertproduktionsgemeinschaft vereint. Nun scheint es für das wert- und staatsfetischistische Subjekt so, als würde die Sozialdemokratie aus purer Gemeinheit oder im vorauseilenden Gehorsam gegenüber nicht dingfest zu machender internationaler Machtzentren ihre korporatistischen Versprechen zugunsten eines Setzens auf den Neoliberalismus verraten. Die Subjekte können die eigene Vergesellschaftung mittels der Verwertung des Werts kaum begreifen und müssen sich daher permanent dunkle Mächte halluzinieren, die für alles und jedes verantwortlich gemacht werden. Das öffnet der schizophrenen Propaganda der Freiheitlichen Tür und Tor. Schizophren ist diese Propaganda insofern, als Haider sich einerseits als konsequenter Kritiker des »Kammernstaats«, des »roten Filzes«, der »Packelei«, »leistungsfeindlicher« Sozialleistungen, kurz also der Sozialpartnerschaft und aller ihrer Folgen geriert, sich andererseits aber als Anwalt der angeblich von der Sozialdemokratie im Einklang mit der »internationalen Finanzmafia« betrogenen Arbeitskraftbehälter aufspielt. In Haider erwächst so aus der postfaschistischen Normalität ein modernisierter und demokratisierter Führertyp, der vermutlich tatsächlich nicht weiß, was er in diesen Dingen will, wie er also konsequente Deregulierung der Gesellschaft und Schutz der eingeborenen Deklassierten oder von Deklassierung bedrohten unter einen Hut bringen möchte. Die ökonomische Unterfütterung der Volksgemeinschaft mittels sprunghaft gesteigerter Staatsnachfrage, wie im Nationalsozialismus vorexerziert, scheint heute nicht mehr möglich (Scheit 1998, 29). Im Gegenteil: Angesagt ist, von den anderen Parteien bereits betrieben, die sogenannte Verschlankung des Staates. Die Freiheitlichen wollen das

durchaus konsequent fortsetzen und sind insofern auch in diesem Fall nur die Vollender der postfaschistisch-demokratischen Entwicklung der Zweiten Republik.

Dennoch sind sie mehr als einfach nur die Speerspitze der ökonomischen Liberalisierung und Deregulierung, als die sie von traditionsmarxistischen Gruppierungen permanent geoutet werden. Die Kommunistische Partei Österreichs sowie verwandte Sozialdemokraten und Leninisten sind nur schwer davon abzubringen, ganz im Sinne des DKP-Stichwortgebers Herbert Schui in der FPÖ wie im europäischen Rechtsextremismus insgesamt stets nur die Avantgarde des Neoliberalismus zu sehen, während man ihre Wähler ganz im Sinne des verständnisvollen und einfühlsamen Soziologenjargons gerne als ›Modernisierungsverlierer‹ charakterisiert. Nicht wenigen jener FPÖ-Wähler, die sich vor allem für die NS-Verharmlosungen des FPÖ-Volksanwaltes Ewald Stadler oder die Nazi-Sprüche des niederösterreichischen FPÖ-Vorsitzenden Wildholz begeistern und sich damit in der parteiinternen Auseinandersetzung klar gegen einen entnazifizierten Geschichtsrevisionismus und Rassismus stellen, geht es vergleichsweise gut. Die Entscheidung, die FPÖ zu wählen, folgt keinem rationalen Interessenkalkül, sondern ist vor allem das Resultat wahnhafter Projektionen.

Nicht unbeträchtliche Teile bei den Freiheitlichen fordern vehement die Einführung von Schutzzöllen und andere gar nicht liberale Beschränkungen im Waren- und Personenverkehr. Selbst die wirtschaftsliberalen Teile der FPÖ stehen nicht in erster Linie für einen Neoliberalismus wie er in zivilisierteren westlichen Demokratien von bestimmten Kapitalfraktionen favorisiert wird, sondern für die Produktivierung der völkischen Nation. Der Neoliberalismus wird nur als Fitneßprogramm für Nation und Vaterland akzeptiert, nicht als umstandslos zu gewährende schrankenlose Freiheit für das Kapital.

Die Freiheitlichen vereinen einen Widerspruch, der aus der Krise des Austrokeynesianismus entsteht. Galt der korporatistische Staat des Austrokeynesianismus als Sachwalter und Anwalt der ehrlichen Arbeit und des auf das Gemeinwohl verpflichteten Kapitals, so gilt er den meisten Warenmonaden heute als Räuber an der ehrlichen Arbeit und zugleich zunehmend als asozialer Vertreter des vagabundierenden Finanzkapitals. Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich eine Gemein-

schaft von sich permanent betrogen Wähnenden herausgebildet. Die einen, die an der Mehrwertproduktion nach wie vor in nicht unbeträchtlichem Ausmaß profitieren, mißtrauen dem Staat, weil er die Pauper überhaupt noch mittels Transferleistungen versorgt, die anderen, die zunehmender Verelendung ausgesetzt sind, sehen sich hingegen verraten, weil der Staat diese Transferleistungen permanent zusammenkürzt. (Krug 1997, 16)

Diese Gemeinschaft spaltet sich zum Teil parteipolitisch auf, in Haider und den Freiheitlichen ist sie jedoch vereint. Die unterschiedlichen Klientels finden sich alle in Haider wieder, der in seiner beachtlichen, auch in Kleidungsfragen stets demonstrierten Wandlungsfähigkeit sowohl unerträgliche gemeinschaftliche Wärme und bedrohliche Herzlichkeit für sorgengeplagte Menschen ausstrahlt, als auch zur Leitfigur für die erfolgreichen, kaltschnäuzigen, neureichen Hedonisten werden konnte. Als solcherart hedonistisch-asketischer, modernistisch-anachronistischer Führertyp könnte er trotz des zeitweisen Einbruchs der FPÖ durchaus Modellcharakter haben.

Trotz dieses potentiellen Modellcharakters, trotz aller Ähnlichkeiten zwischen Politikern wie Haider und beispielsweise Tony Blair und trotz der Übereinstimmungen von sozialdemokratischer und freiheitlicher Migrationsverwaltung ist die FPÖ nicht einfach eine demokratische Partei wie andere auch. Sie ist auch nicht das gleiche wie die mehr oder weniger offen faschistischen Parteien in anderen Ländern, in denen der Nationalsozialismus als Besatzungsmacht und nicht wie in Österreich und Deutschland als demokratisch legitimierte Volkserhebung aufgetreten ist. So sehr der Rassismus und Nationalismus eines Haider jenem von sämtlichen westeuropäischen demokratischen Normalstaatsrassisten und Nationalisten ähnelt, ist immer zu berücksichtigen, daß Haider ein Politiker in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft ist. Vermutlich kann nur in solch einer Gesellschaft der mit sämtlichen Motiven des sekundären Antisemitismus arbeitende Antisemitismus Haiders und anderer FPÖler in der Form funktionieren, wie man es seit geraumer Zeit beobachten muß.

In den Flugblättern und Kommentaren aus dem Umfeld der österreichischen Protestbewegung gegen die blau-schwarze Regierung gibt es die unterschiedlichsten Einschätzungen darüber, wie die FPÖ zu charakterisieren und wie Haider einzuschätzen sei. Einige können sich noch nicht ganz entscheiden und sehen in Haider mal einen Linken und mal einen Austrofaschisten. Andere bemühen die historische Parallele und verkünden kurz und bündig »Haider ist Hitler«. Wieder andere wollen Wörter wie Faschismus und Nationalsozialismus gar nicht mehr in den Mund nehmen, wenn sie über Haider und die FPÖ reden, sondern sehen im neuen Führer nur mehr ein Produkt der postmodernen Zersetzung der Demokratie. Man soll sich offensichtlich entscheiden. Ist Haider nun Demokrat oder Faschist? Seine Anhänger beteuern natürlich ersteres, während die meisten seiner Gegner – nicht zuletzt auf Grund ihres nahezu grenzenlos idealistischen Begriffs von Demokratie – auf letzterem insistieren. Niemand scheint auf die Idee zu kommen, daß er beides zugleich, Demokrat und Faschist, sein könnte und das gerade darin seine Gefährlichkeit besteht (Scheit 1998, 27).

Haider »weckt, organisiert und beschleunigt die Selbsttätigkeit« (ebd., 30), die Rassismus und Volksgemeinschaft heute erfordern. »Im Unterschied zur alten nationalsozialistischen Rhetorik mit ihrem endlosen Redeschwall und ihrem beschwörenden Tonfall genügen Haider stets einige spitze Bemerkungen und eindeutige Anspielungen« (ebd.), um bei den Angesprochenen die rassistische, antisemitische und nationalistische Eigenaktivität in Gang zu setzen. Die Österreicher werden so motiviert, den Fetisch von Kapital und Nation selbständig weiterzudenken und ganz von selbst, eigenverantwortlich und selbstbestimmt, die in der postfaschistischen Demokratie ohnehin vorhandenen faschistischen Elemente gesellschaftlich wieder stärker wirksam werden zu lassen.

Während der traditionelle faschistische Staat der absolute Souverän ist, der seine Macht aus dem Bündnis mit seinen Bürgern in Abgrenzung gegen äußere und innere Feinde gewinnt, erscheint heute zusehends der starke Staat selber als Feind. Dennoch ist das nicht einfach eine Parallele zum Liberalismus. Denn das Individuum wird heute nicht einfach als freier und gleicher Bürger, als bourgeois, der seinen

Geschäften nachgeht, begriffen, sondern als Ministaat, der weiß, was richtig ist und der daher auch dem Gesamtstaat reinreden kann, wenn dieser womöglich beginnt, gegen das gesunde Volksempfinden zu agieren. Diese Ministaaten konstituieren eine populistische Bewegung, als deren idealer, wenn auch keineswegs einzig möglicher Führer Haider auftritt, ein Führer von individuellen Ministaaten, die Verbindung von ihnen mit dem zu verschlankenden Gesamtstaat.

Bezüglich der autoritären Feinderklärung gegenüber dem Staat verläuft die Entwicklung in Österreich und der BRD keineswegs gleich. Während es in bezug auf die BRD zutrifft, daß zusehends »nicht mehr die Börse, sondern der defizitäre Staat, nicht mehr die Rendite, sondern die Steuern und Abgaben« (Krug 2000 a, 19) dem strukturell faschistischen Tauschsubjekt als Ziel seines Ressentiments dienen, gilt dies für Österreich, wo es bei weitem noch nicht zur Herausbildung einer derartigen ›Aktienkultur‹ wie in der BRD gekommen ist, nur bedingt. Die Ressentiments der Österreicher sind diesbezüglich traditioneller als in der BRD, wo allerdings nach den ersten ernsthafteren Crashs und der Ruinierung von massenhaft Kleinanlegern ebenfalls mit einer Wiederbelebung des alten Hasses zu rechnen ist.

In der BRD ist die CDU im Parteispendenskandal zwar als gemeinschaftsschädigende Vertreterin von partikularen Parteiinteressen angegriffen worden, aber gerade der politische Hauptwidersacher in Form der Sozialdemokratie hielt sich dabei als Gesamtpartei auffällig zurück. Die Kritik, wie sie von jemanden wie Haider in diesem Fall zu erwarten gewesen wäre, wurden dennoch als Kollektiv aus Medien und Vertretern aller Parteien geleistet. Aber gerade dadurch fehlte den Angriffen nicht nur die Schärfe eines Haider, sondern vor allem ihre Kontinuität, wie sie vom freiheitlichen Führer insbesondere durch die Verbindung mit anderen Themen hätte gewährleistet werden können. So schafft es die FPÖ beispielsweise, die Kritik an der sozialdemokratischen Schuldenwirtschaft der 1970er und 1980er Jahre stets mit der sozialdemokratischen Einwanderungspolitik aus jener Zeit in Verbindung zu bringen und so die Ressentiments gegen den defizitären Staat und die Migranten zu bündeln und über Jahre zum Hauptthema der Politik zu machen, was ihr zum Teil die Mühe des Lostretens ständig neuer Kampagnen, wie man es aus der BRD kennt, erspart, da die Hauptkampagne gegen parasitäre Schuldenmacherei und

fremdländische Gemeinschaftsschädlinge ohnehin beständig am Laufen ist.

Der mal formelle und mal informelle Chef der FPÖ verkörpert den Führertypus einer neuen Form von Demokratie und einer neuen Form von Volksgemeinschaft. Er ist der Protagonist einer spezifischen Form der postfaschistischen Demokratie, der Repräsentant der demokratischen Volksgemeinschaft. (Scheit 1998, 27 ff.; 2000 a, 47 ff.) Zentrales Moment der demokratischen Volksgemeinschaft ist die potenzierte Verinnerlichung und Subjektivierung von Zwang und Herrschaft, von Ausgrenzungswille und Ausgrenzungserduldung. Ist diese Verinnerlichung nahezu vollständig vollzogen, so ist die adäquate faschistische Herrschaftsform die direkte Demokratie. Es ist kein Zufall, daß die Freiheitlichen und nicht wie noch in den 1980er Jahren die Grünen, heute die vehementesten Protagonisten von Plebisziten, von Volksbegehren und Volksentscheiden sind. Haider und die Freiheitlichen treten als Radikaldemokraten auf und zielen damit auf die Wiederherstellung der Unmittelbarkeit von Herrschaft. Der Staat und seine Institutionen haben Erfüllungsgehilfen jener Ansammlung von Menschen zu Zwecken von Ausbeutung und Herrschaft zu sein, die sich ›Volk‹ nennt. Dienen die Institutionen nicht der Herrschaft des Volkswillens, so wird ihnen ordentlich Bescheid gegeben. So erklärte Haider im Rahmen der Diskussionen um die verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegenüber der slowenischen Minderheit, daß das Höchstgericht der Republik »korrigiert« werden müsse, wenn es so weitermache. Schließlich sei Österreich eine Demokratie und kein »Richterstaat« (*Profil* 2, 2002, 9).

Auch wenn es noch deutliche, unübersehbare Unterschiede zwischen den plebiszitären Vorstellungen der FPÖ und traditionell linken basis- oder gar rätedemokratischen Vorstellungen gibt, kann die Demokratiebegeisterung eines Haider nicht einfach als Wiederbelebung alter faschistischer Vorstellungen, die auf die Absegnung vorgegebener Entscheidungen zielen, oder als reine Taktik abgetan werden. Sie weisen vielmehr den zugleich spezifischen wie auch partiell verallgemeinerungsfähigen österreichischen Weg in eine demokratische Barbarei. Die kommt zwar ohne den mal expliziten, mal impliziten Bezug auf den historischen Faschismus und Nationalsozialismus nicht aus, aber durchaus ohne den klassisch-faschistischen Terror

gegen eine heute eben nicht mehr existierende sozialistische Arbeiterbewegung, die früher nicht völlig zu Unrecht als reale Bedrohung des faschistischen wie nationalsozialistischen Projekts gesehen wurde, und auch ohne die völlige Suspendierung demokratischer Verkehrsformen, da sich gerade diese als zum Teil ausgesprochen hilfreich auf dem Weg in die selbstbestimmte Barbarisierung erwiesen haben. Was die Protagonisten solch einer demokratischen Barbarei in Zukunft noch alles anzetteln werden, läßt sich dennoch kaum vorhersehen, da nicht nur ihre Gefolgschaft, sondern auch sie selbst nicht zu knapp von wahnhaften Projektionen getrieben werden. Es ist also keinesfalls auszuschließen, daß sie sämtliche Verfolgungs- und Diskriminierungspraxen in Gang setzten, die aus der Vergangenheit bekannt sind, auch wenn diese vom Standpunkt eines modernisierten Autoritarismus als hoffnungslos antiquiert erscheinen mögen. Das sieht man schon heute an jenen Freiheitlichen, die sich vermutlich lieber wieder gleich in NSDAP umbenennen würden. Gerhard Sailer, der nach dem FPÖ-Regierungseintritt im Jahr 2000 zum hochrangigen Beamten im Infrastrukturministerium wurde, jammerte in der staatlich subventionierten *Zur Zeit*: »Wozu ist die FPÖ in der Regierung, wenn Asylkriminelle und Heroinafrikaner mehr denn je ihr Unwesen treiben und der Bürger schlimmer als je zuvor für dubiose Entschädigungsansprüche ausgepreßt wird!« (Nr. 17, 2001)

Benes und die österreichisch-arabische Freundschaft

Gerade in Österreich sollte man nichts ausschließen. Wenn irgendwo auf der Welt ein politisch halbwegs interessierter Mensch an den Nachfolgestaat der NS-Ostmark denkt, denkt er in aller Regel zuerst an den Antisemitismus. Und das völlig zu recht. Das Erschreckende an Österreich ist die unglaubliche Normalität des Antisemitismus in Politik und Gesellschaft. Diese Normalität hat sich der europäischen und auch außereuropäischen Öffentlichkeit insbesondere anläßlich der Präsidentschaftskandidatur von Kurt Waldheim in den achtziger Jahren offenbart. Nun ist sie seit dem Wahlerfolg der FPÖ 1999 und des anschließenden kollektiven Umsichschlagens aller Parlamentsparteien anläßlich der gegen Österreich kurzzeitig verhängten Sanktionen, die

in den Augen der Österreicher natürlich am Rande der internationalen Holocaust-Konferenz vom linken Flügel der Sozialistischen Internationale in Stockholm ausbaldowert worden sind – ein klarer Fall von ›jüdisch-kommunistischer Weltverschwörung‹ – abermals registriert worden.

Vermehrte Angriffe auf Juden oder auch auf jüdische Einrichtungen, wie sie seit Beginn der Terrorintifada in fast allen europäischen Ländern stattfanden, wurden in Österreich nicht registriert. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Österreicher erstens in ihrem grenzenlosen Autoritarismus eine nahezu eindeutige Aufforderung von Staats wegen selbst dann noch brauchen, wenn es ums Brandstiften und um Gewalt gegen Schwächere geht; zweitens hat eine deutliche Verschärfung der Situation für die jüdische Bevölkerung in Österreich schon etwas vor der Eskalation der Gewalt durch Arafat stattgefunden. Anläßlich des freiheitlichen Wahlkampfs zur Nationalratswahl 1999 legte die Israelitische Kultusgemeinde einen Bericht vor, in dem der sprunghafte Anstieg antisemitischer Beschimpfungen, Drohungen und auch tätlicher Übergriffe dokumentiert wurde.

Der israelische Staat, der konsequenterweise seinen Botschafter nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ aus Österreich abgezogen hat, ist mit der internationalen Unterstützung des palästinensischen Terrors konfrontiert, vor allem aus Deutsch-Europa. Österreich, das schon bei der Zerschlagung Jugoslawiens als vorauseilender Juniorpartner der BRD aufgetreten ist, hat daran natürlich Teil. Nicht nur, daß die Freiheitlichen offen mit islamischen Faschisten sich verbrüdern, auch der konservative Bundespräsident Thomas Klestil und zahlreiche Regierungsmitglieder hofieren Israelfeinde aus der arabischen und islamischen Welt wie beispielsweise den Reformantisemiten Khatamie aus dem Iran. In der Sozialdemokratie hat der Antizionismus seine treuesten Anhänger vor allem unter jenen, die sich ansonsten, wie etwa der einflußreiche ehemalige Innenminister Karl Blecha, Sorgen um die Pensionsansprüche ehemaliger Vernichtungskrieger aus der Wehrmacht machen. Und grüne Politikerinnen haben Palästina-Solidaritätsdemos gemeinsam mit jenen Antiimperialisten organisiert, die in ihren Zeitschriften die islamistischen Selbstmordattentate abfeiern. Wenn es um den Staat der Shoah-Überlebenden geht, wird man sich auch in Österreich schnell einig und kennt keine Parteien mehr.

Jörg Haider gibt die Avantgarde der österreichisch-arabischen Freundschaft. Schon in früheren Jahren gab es rege Kontakte vor allem von Kärntner FPÖ-Funktionären zu Gaddafis Libyen. Inzwischen ist Haider Präsident der österreichisch-libyschen Gesellschaft geworden, was sich vor allem aus der innigen persönlichen und politischen Freundschaft Haiders mit dem Sohn Muhammar al Gaddafis erklärt, eine Freundschaft, die von Wertkritikern wie dem Wiener Franz Schandl als »Zweckbündnis« (2000, 21) verharmlost wird. Haider hat sich 2002 mehrmals mit Saddam Hussein und Tarek Aziz getroffen und parlierte mit ihnen über die »zionistische Verschwörung«, wie mehreren Nachrichtenagenturen zu vernehmen war. Der Führer der demokratisierten Nazis von der FPÖ gibt seine weiterhin bestehenden Kanzlerambitionen nicht mehr über die *austria presse agentur* bekannt, sondern über *El-Dschazira*, wo er auch gleich, nach den Terroranschlägen in Israel gefragt, zu Protokoll gab, die Palästinenser hätten das »Recht auf Widerstand mit allen Mitteln« (www.derStandard.at, 25.04.2002).

Kein Wunder, daß einer der wenigen Politiker, der sich mit Israel solidarisch erklärt, in Österreich als Staatsfeind, oder besser noch: Volksfeind Nr. 1 gilt: der Tscheche Milos Zeman. Zeman findet halbwegs klare Bezeichnungen für antisemitische österreichische Politiker und steht dem offensiven geschichtsrevisionistischen österreichischen Bemühungen klar im Wege. Mit seiner Verteidigung Israels einerseits und der Benesdekrete andererseits hat Zeman intuitiv auf eine Gemeinschaft von Palästinensern und Sudetendeutschen reagiert, die man bisher nur auf Grund ideologischer Überschneidungen kritisieren konnte, die sich jetzt allerdings vor allem in Österreich als tatsächliche Einheitsfront präsentiert. Mitte April 2002 fand in Wien im *Haus der Heimat* eine Podiumsdiskussion unter dem famosen Titel *Von Benes zu Sharon, Sudetendeutsche und Palästinenser – Entrechtet und vertrieben* statt. Eingeladen hatte eine Plattform SOS Heimat. Teilgenommen haben neben Vertretern der Vertriebenenverbände auch Dr. Georg Nicola, Obmann der Palästinensischen Ärztevereinigung und Vizepräsident der Palästinensischen Gemeinde in Wien. Solch eine Begegnungsstätte muß von der schwarz-blauen Koalition natürlich gefördert werden. Das *Haus der Heimat* erhielt von der österreichischen Bundesregierung satte 7 Millionen Euro an Zuschüssen. Ende

2002 wurden Pläne der sozialdemokratischen Wiener Stadtregierung bekannt, das Revanchistenzentrum mit zusätzlichen 650 000 Euro aus dem Kulturressort zu subventionieren.

Die seit der Wiedervereinigung forcierten deutschen Bemühungen, die sichtbaren Konsequenzen aus der Schuld an der Shoah und am Vernichtungskrieg zu beseitigen – von der Zerstörung Jugoslawiens über die Versuche der Internationalisierung des Nahostkonflikts bis zu den Angriffen gegen Tschechien –, werden von Österreich eifrig unterstützt. Vor allem die tschechische Republik, die zeitgleich mit der Aussiedelung der henleinfaschistischen und NS-begeisterten Sudetendeutschen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren die israelische Staatsgründung unterstützt hat, ist in letzter Zeit ins Visier der österreichischen Politik geraten.

In der Agitation gegen die Benesdekrete unterscheidet sich die FPÖ nur unwesentlich von der ÖVP. Die Außenministerin Benita Ferrero-Waldner bezeichnete die Benesdekrete in zahlreichen Nachrichtensendungen als »Unrechtsgesetze«, und Kanzler Schüssel präsentierte sich stolz als Träger des Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Haider setzt auf die Offensive, behält sich eine Blockade des EU-Beitritts Tschechiens vor und läßt seinen Ressentiments freien Lauf. Die ÖVP hingegen setzt zur Revision der Folgeerscheinungen des Zweiten Weltkrieges auf die Europäische Union, weil sie hofft, so ihre revanchistischen Gelüste gegenüber einem EU-Mitglied Tschechien besser zur Geltung bringen zu können. Sozialdemokraten und Grüne halten sich in diesen Fragen auffällig zurück. Bei der SPÖ handelt es sich ohnehin um eine Partei, die die Freiheitlichen in der Sorge um ehemalige Vernichtungskrieger wie auch beim Deutschnationalismus gegenüber der slowenischen Minderheit gelegentlich rechts zu überholen versucht. Die Grünen sind bei aller Kritik peinlich darum bemüht, daß ihre Hinweise auf die deutsch-österreichischen Verbrechen nicht als Entschuldigung für die Aussiedelung der Sudetendeutschen mißverstanden werden, und Parteichef Alexander Van der Bellen kann der Forderung des ÖVP-Kanzlers nach einer »Versöhnungserklärung« einiges abgewinnen (*Kurier*, 2. 6. 2002, 2). Österreich reiht sich weitgehend nahtlos in die europäische antiisraelische und in die deutsche antitschechische Front ein.

Welche Rolle Jörg Haider dabei in Zukunft spielen wird, läßt sich kaum vorhersagen. Bei den Wahlen 2002 hat er sich die Verantwortung für die absehbare Niederlage der FPÖ weitgehend vom Hals gehalten. Doch am Absturz der Freiheitlichen auf 10 % der Stimmen war er nicht ganz unschuldig.

Seit der Regierungsbeteiligung der FPÖ nach den Wahlen 1999 kam es immer wieder zu Konflikten zwischen freiheitlichen Regierungsmitgliedern und dem Kärntner Landeshauptmann. Wenn die FPÖ-ÖVP-Koalition in Wien die sozialstaatlichen Almosen zusammenkürzte, gerierte sich Haider als Anwalt der ›kleinen Leute‹ und forderte einen sozial verträglicheren Abbau des Sozialstaats. Während in Wien intensiv eine engere Kooperation mit der NATO diskutiert wird, besuchte Haider den Irak. Wenn sich die damalige freiheitliche Parteivorsitzende und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer von rechtsradikalen Parteien in Europa distanzierte, obwohl sie ihnen inhaltlich in etwa ebenso nahesteht wie die sonstige Bagage, traf sich Haider mit Filip de Winter vom belgischen Vlaams Blok und Mario Borghezio von der Lega Nord, um über eine mögliche Vernetzung der europäischen Rechten inklusive einer zukünftigen gemeinsamen Kandidatur zum EU-Parlament zu diskutieren. Solche Konstellationen mußten natürlich zu Konflikten führen. Und die werden in der FPÖ etwas rabiater ausgetragen als in anderen Parteien. Dem zu verwirklichenden schlanken Staat entspricht die schlagkräftige Gang, als die sowohl die FPÖ als auch die frühe NSDAP schon mehrfach charakterisiert wurden (Scheit 2000 a, 58 ff.). Der Bandenbegriff birgt zwar die Gefahr, von jenen Inhalten wie etwa dem Antisemitismus zu abstrahieren, die den ganzen Haufen samt seiner Anhängerschaft zusammenschweißen, dennoch drängt er sich angesichts der Gepflogenheiten in der FPÖ auf – gerade wenn es um personelle Umstrukturierungen geht. Kaum einer jener Funktionäre, die noch vor zehn Jahren neben Haider zu den prominentesten Exponenten der Partei gehörten, hat heute noch etwas zu melden. Gleichzeitig wird stets suggeriert: Bei uns kann jeder Trottel etwas werden, wenn er es nur an Loyalität und Brutalität nicht mangeln läßt.

Die parteiinternen Auseinandersetzungen gingen und gehen immer mit Drohungen Haiders einher, sich aus der Politik vollständig zurückzuziehen oder auch die Kärntner FPÖ nach dem Vorbild der CSU von

der Bundespartei abzuspalten. Seine zahlreichen angekündigten Rücktritte waren stets vom vorschnellen Abgesang der Medien auf die FPÖ und ihren mal offiziellen, mal inoffiziellen Führer begleitet. Die Medien sagen Haider seit etwa fünfzehn Jahren den endgültigen Absturz voraus. Sie haben den Aufstieg Haiders bis zur Jahrtausendwende mit ihren Untergangsprognosen nicht nur begleitet, sondern ihn geradezu unterstützt, da er lange Zeit nach jedem prophezeiten Absturz als klasser Kerl dastand, dem nichts und niemand etwas anhaben kann. Wenn es nach Haider selbst geht, so ist trotz seiner momentan geschrumpften Anhängerschaft nach wie vor mit ihm zu rechnen. Man kann davon ausgehen, daß er jeden seiner angekündigten oder tatsächlichen Rückzüge als Schritt zum endgültigen Triumph betrachtet. Es ist aber durchaus möglich, daß er sich eines Tages damit abfinden muß, »nur ein Ferment bei der Erneuerung nationaler Identität in Österreich und der Integration neonazistischer Elemente in Europa gewesen zu sein (Scheit 2000b).« Das Grauen des Normalzustands der postnazistischen österreichischen Gesellschaft bliebe auch ohne Haider bestehen.